EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEMITTEILUNG

28. Mai 2025

Ergebnisse der EZB-Umfrage zu den Verbrauchererwartungen: April 2025

Verglichen mit März 2025 haben sich folgende Entwicklungen ergeben:

- Der Median der von den Verbraucherinnen und Verbrauchern in den vergangenen zwölf Monaten wahrgenommenen Inflation blieb unverändert, ebenso der Median ihrer Erwartungen für die Inflation in drei und in fünf Jahren; jener der Erwartungen bezüglich der Inflation in den kommenden zwölf Monaten nahm unterdessen weiter zu.
- Die Erwartungen hinsichtlich des Wachstums der nominalen Einkommen in den kommenden zwölf Monaten sanken, während sich die Erwartungen zum Wachstum der nominalen Ausgaben in den kommenden zwölf Monaten erhöhten.
- Die Erwartungen zum Wirtschaftswachstum in den kommenden zwölf Monaten fielen negativer aus; die Erwartungen in Bezug auf die Arbeitslosenquote in zwölf Monaten stiegen unterdessen.
- Die Erwartungen zum Preisanstieg bei selbst bewohnten Immobilien in den kommenden zwölf Monaten erhöhten sich, ebenso die Erwartungen in Bezug auf die Hypothekenzinsen in zwölf Monaten.

Inflation

Der Median der von den Verbraucherinnen und Verbrauchern in den vergangenen zwölf Monaten wahrgenommenen Inflation lag im April den dritten Monat in Folge unverändert bei 3,1 % und somit auf dem niedrigsten Stand seit September 2021. Der Median der Inflationserwartungen für die kommenden zwölf Monate erhöhte sich weiter um 0,2 Prozentpunkte auf 3,1 % und erreichte damit den höchsten Stand seit Februar 2024. Der Median der Erwartungen für die Inflation in drei Jahren belief sich unverändert auf 2,5 %. Die Erwartungen für die Inflation in fünf Jahren lagen den fünften Monat in Folge unverändert bei 2,1 %. Der Median der Inflationserwartungen für die kommenden zwölf Monate lag

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

erstmals seit Juli 2021 nicht mehr unter der Inflationswahrnehmung für die vergangenen zwölf Monate; beide Werte beliefen sich auf 3,1 %. Die Unsicherheit bezüglich der Inflationserwartungen für die kommenden zwölf Monate nahm im April zu und erreichte den gleichen Stand wie im Juni 2024. Insgesamt entwickelten sich die Inflationswahrnehmung und die Inflationserwartungen in den verschiedenen Einkommensgruppen weiterhin relativ ähnlich. Die Inflationswahrnehmung und die kurzfristigen Inflationserwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den unteren Einkommensquintilen lagen in den zurückliegenden anderthalb Jahren im Schnitt jedoch leicht über jenen in den oberen Einkommensquintilen. Unter den jüngeren Befragten (Altersgruppe 18-34 Jahre) waren die Inflationswahrnehmung und die Inflationserwartungen nach wie vor geringer als bei den älteren Befragten (Altersgruppen 35-54 Jahre und 55-70 Jahre). Allerdings war der Abstand kleiner als in den vergangenen Jahren. Die Umfrageergebnisse zur Inflation sind hier abrufbar.

Einkommen und Konsum

Die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher zum Wachstum der nominalen Einkommen in den kommenden zwölf Monaten sanken von 1,0 % im März auf 0,9 % im April. Das wahrgenommene Wachstum ihrer nominalen Ausgaben ging in den vergangenen zwölf Monaten von 5,0 % auf 4,9 % zurück. Die Erwartungen zum Wachstum der nominalen Ausgaben in den nächsten zwölf Monaten stiegen dagegen von 3,4 % im März auf 3,7 % im April. Dieser Anstieg wurde über alle Einkommensgruppen hinweg beobachtet. Die Umfrageergebnisse zu Einkommen und Konsum sind hier abrufbar.

Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt

Die Erwartungen zum Wirtschaftswachstum in den kommenden zwölf Monaten fielen im April negativer aus und sanken auf -1,9 % (gegenüber -1,2 % im März). Die Erwartungen in Bezug auf die Arbeitslosenquote in zwölf Monaten erhöhten sich von 10,4 % im März auf 10,5 % im April. Die Verbraucherinnen und Verbraucher rechneten weiterhin damit, dass die künftige Arbeitslosenquote nur leicht über der derzeit wahrgenommenen Quote von 9,8 % liegen wird, was auf einen weitgehend stabilen Arbeitsmarkt hindeutet. Die Betrachtung der vierteljährlich erhobenen Daten zeigt, dass erwerbslose Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer es für weniger wahrscheinlich hielten, binnen drei Monaten einen Arbeitsplatz zu finden (Rückgang der Wahrscheinlichkeit von 25,1 % im Januar auf 21,9 % im April). Erwerbstätige Befragte gaben an, dass sich die erwartete Wahrscheinlichkeit, in den nächsten drei Monaten ihren Arbeitsplatz zu verlieren, verringert habe, und zwar von 8,6 % im Januar auf 8,4 % im April. Die Umfrageergebnisse zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt sind hier abrufbar.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Wohnimmobilienmarkt und Kreditzugang

Die Verbraucherinnen und Verbraucher gingen im April davon aus, dass der Preis der von ihnen selbst bewohnten Immobilie in den kommenden zwölf Monaten um 3,2 % steigen wird. Im März waren sie noch von einem Anstieg um 3,1 % ausgegangen. Dabei rechneten die privaten Haushalte im untersten Einkommensquintil weiterhin mit einem kräftigeren Hauspreisanstieg (3,6 %) als die Haushalte im obersten Einkommensquintil (3,0 %). Allerdings war die Differenz zwischen diesen beiden Gruppen geringer als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Das in zwölf Monaten erwartete Niveau der Hypothekenzinsen stieg von 4,4 % im März auf 4,5 % im April. Wie bereits in den Monaten zuvor erwarteten die einkommensschwächsten Haushalte die höchsten Hypothekenzinsen in zwölf Monaten (5,1 %), während die einkommensstärksten Haushalte die niedrigsten Erwartungen hatten (4,0 %). Der Nettoanteil der privaten Haushalte, die mit Blick auf die zurückliegenden zwölf Monate von einem restriktiveren Kreditzugang berichteten (also der Saldo aus den Haushalten, die einen restriktiveren Zugang angaben, und jenen, die eine Lockerung meldeten), erhöhte sich leicht (auf 21,7 % im April nach 20,2 % im März). Der Nettoanteil der Privathaushalte, die für die kommenden zwölf Monate mit einem schwierigeren Zugang rechneten, nahm indessen stärker zu, und zwar von 15,5 % im März auf 20,8 % im April. Der vierteljährlich erhobene Anteil der Verbraucherinnen und Verbraucher, die nach eigenen Angaben in den letzten drei Monaten einen Kreditantrag gestellt haben, stieg im April auf 15,6 %, verglichen mit 15,0 % im Januar. Die Umfrageergebnisse zu Wohnimmobilien und Kreditzugang sind hier abrufbar.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Umfrage zu den Verbrauchererwartungen vom Mai 2025 ist für den 1. Juli 2025 vorgesehen.

Kontakt für Medienanfragen: William Lelieveldt, Tel.: +49 170 2279090

Anmerkung

- Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die in dieser Pressemitteilung ausgewiesenen Statistiken auf den mit 2 % winsorisierten Mittelwert. Weitere Einzelheiten finden sich in der CES-Dokumentation zur Berechnung der aggregierten Statistiken.
- Die EZB-Umfrage zu den Verbrauchererwartungen (ECB Consumer Expectations Survey – CES) ist eine monatliche Online-Befragung, die derzeit unter rund 19 000 Verbraucherinnen und Verbrauchern ab 18 Jahren aus elf Euro-Ländern (Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) durchgeführt wird. Die wichtigsten aggregierten Ergebnisse werden monatlich auf der Website der EZB veröffentlicht. Die Ergebnisse fließen in die geldpolitische Analyse ein und ergänzen andere von der EZB verwendete Datenquellen.
- Weitere Informationen zur Umfrage und zu den Daten sind auf der CES-Website abrufbar. Nähere Informationen finden sich auch in den folgenden beiden Publikationen: K. Bańkowska et al., ECB Consumer Expectations Survey: an overview and first evaluation, Occasional Paper Series der EZB, Nr. 287, 2021; D. Georgarakos und G. Kenny, Household spending and fiscal support during the COVID-19 pandemic: Insights from a new consumer survey, Journal of Monetary Economics, Bd. 129 (Supplement), 2022, S. S1-S14.
- Die Umfrageergebnisse geben nicht die Meinung der Beschlussorgane oder Beschäftigten der EZB wieder.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Europäische Zentralbank
Generaldirektion Kommunikation
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu
Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank